

# GEW-Landesvorsitzende Monika Stein

## 1. Mai 2022 in Heidelberg

*(Es gilt das gesprochene Wort!)*

Liebe Kolleg\*innen,

auch von mir ein herzliches Willkommen zum 1. Mai hier in Heidelberg und vielen Dank für eure Einladung.

Mich freut es, dass wir endlich wieder gemeinsam

mit Ständen, Musik und so vielen Menschen

unseren Tag, den Tag der arbeitenden Menschen, feiern können.

Am Wetter müssen wir allerdings noch arbeiten!

Es ist wunderbar unter freiem Himmel und gemeinsam wieder ein Zeichen setzen zu können.

In diesem Jahr steht dieses Zeichen unter dem Motto: „Gemeinsam Zukunft gestalten“.

Gemeinsam begegnen wir allen Herausforderungen, von denen wir vor 2 oder 3 Jahren noch gar nicht wussten, dass wir sie zusammen meistern werden.

Gemeinsam überwinden wir die Pandemie.

Gemeinsam schaffen wir es, dem Klimawandel zu begegnen.

Gemeinsam gestalten wir die Digitalisierung.

Gemeinsam bewältigen wir die Folgen dieses schrecklichen Angriffskriegs auf die Ukraine.

Gemeinsam machen wir uns weiter weltweit stark für Frieden.

Liebe Kolleg\*innen,

seit dem 24. Februar steht alles im Schatten des Krieges in Europa. Für die Ukrainer\*innen war es vermutlich der schrecklichste Tag in ihrem Leben.

Ihnen gehören unser Respekt und unsere Solidarität!

Genauso wie den Menschen in Russland und in Belarus, die sich aktiv gegen den Krieg stellen und damit so unendlich viel Mut beweisen.

Es gibt keine einfachen Antworten auf die Frage, wie es weitergehen soll.

Zwei Dinge sind für uns klar:

Erstens: Putin ist ein Kriegsverbrecher. Er muss vor den internationalen Gerichtshof in Den Haag. Genau wie alle anderen Kriegsverbrecher in Afghanistan, Syrien, im Jemen und vielen anderen Ländern auch!

Zweitens: Die Waffen müssen schweigen! Das Töten muss endlich aufhören!

Wir alle sind erschüttert durch den Angriffskrieg und sehen zum Teil pazifistische Grundüberzeugungen mehr denn je auf den Prüfstand gestellt.

Das aus dem Hut gezauberte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr macht mich zornig. Ganz besonders deshalb, weil für Soziales, Bildung, Klimaschutz und Daseinsvorsorge viel zu wenig Geld da ist.

Der russische Angriffskrieg und die Massenflucht der Ukrainer\*innen haben die europäischen Länder in den letzten Wochen zusammengeschweißt.

Die Idee eines solidarischen Europas ist mit Leben erfüllt worden.

Liebe Kolleg\*innen,

offene Grenzen, verlässliche soziale Sicherungssysteme und faire Löhne, das gehört für uns zu Europa. Wir alle wissen aber: An den europäischen Außengrenzen leiden und sterben weiterhin Menschen, die aus anderen Ländern zu uns fliehen. Es darf keine Menschen, auch keine Geflüchteten, erster und zweiter Klasse geben! Dagegen müssen wir auch zusammenstehen. Ich möchte euch hiermit auffordern, euch wann immer es geht, dafür einzusetzen und darauf aufmerksam zu machen.

Liebe Kolleg\*innen,

wir schützen unsere Demokratie! Nicht nur gegenüber Putin, sondern auch gegenüber Rechtspopulist\*innen und Rechtsradikalen.

Wer Hass und Menschenfeindlichkeit verbreitet, hat in unseren Parlamenten nichts zu suchen. Egal ob im Land, im Bund, in den Kommunen oder in den Betrieben. Das ist für uns ganz klar! Wann immer uns Menschen mit solchen Parolen oder Forderungen begegnen, müssen wir solidarisch und kraftvoll dagegenstehen. Wir sind mehr, wir sind solidarisch! Gemeinsam schaffen wir das!

Liebe Kolleg\*innen,

in den letzten zwei Jahren geben sich bei uns die Krisen die Klinke in die Hand. Wir müssen uns fragen:

Wie viele Krisen hält eine Gesellschaft aus? Wie viele Krisen halten wir, die wir hier stehen, (noch) aus?

Ihr selbst erlebt die Folgen jeden Tag – wir zahlen mehr für unsere Lieblingslebensmittel, wir wissen, dass wir am Ende des Jahres massiv Strom nachzahlen werden....

Uns geht im wahrsten Sinne des Wortes die Kohle aus!

Was gibt es hier heute zu essen? Sicherlich auch etwas, was teurer geworden ist. Die Preise für Kartoffeln, Eier, Tomaten und Salat sind um 10 bis 30 Prozent in die Höhe geschossen.

Die Inflation ist auf dem höchsten Stand seit 40 Jahren und es ist kein Ende in Sicht.

Die Folge: Diese Geldentwertung belastet unsere Kolleg\*innen. Die Geldentwertung belastet uns! Und sie belastet ganz besonders Geringverdienende, Alleinerziehende, Rentner\*innen, Erwerbslose...

Und das alles nach zwei Jahren Pandemie, die unser Land, die Wirtschaft und natürlich unsere Kolleg\*innen bis zum Anschlag gefordert hat.

Noch immer kämpfen viele Kolleg\*innen mit den Folgen der Pandemie, ob durch Mehrbelastung bei der Arbeit, etwa in der Pflege, der Bildung und bei den Paketzusteller\*innen, durch die Mehrbelastung im Care-Bereich

oder mit den Folgen der Kurzarbeit.

Ob wir wirklich auf ein Leben mit dem Virus vorbereitet sind, wird der Herbst zeigen. Wir wollen, dass Kitas und Schulen dann endlich vom Land und den Trägern dabei genügend – auch mit Luftreinigungsgeräten - unterstützt werden.

Was wir jetzt schon sehen, ist, dass die nächste Kurzarbeitswelle anrollt und die Angst vor Rezession steigt.

In vielen Betrieben führen wir jetzt schon Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzabbau und Verlagerungen.

Liebe Kolleg\*innen,

wir Gewerkschaften müssen uns auch in Krisen bewähren. Dazu gehören auch offene Diskussionen, wie wir sie in unseren Reihen zum Beispiel über die Frage führen, ob jetzt Deutschland Waffen in die Ukraine liefern soll.

Es gibt nicht immer die eine richtige Antwort, auch wir Gewerkschaften sind dann richtig stark, wenn wir die Vielfalt in der Gesellschaft auch in unseren eigenen Reihen zulassen.

In Krisenzeiten haben sich Gewerkschaften zu bewähren und wir machen das Tag für Tag, indem wir uns einmischen.

Unser Rezept gegen steigende Lebenshaltungskosten sind kräftige Tariferhöhungen.

Wir werden oft gefragt: Ist dies auch in schwierigen Zeiten möglich?

Wir sagen ganz klar: ja, das ist nicht nur möglich, sondern dringend nötig.

Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, für faire Löhne und stabile Kaufkraft zu streiten.

Die jüngsten Tarifabschlüsse beim Internationalen Bund, beim Flughafen-Sicherheitspersonal, bei der Postbank oder im Bereich der Speditionen haben gezeigt:

Wir, die Gewerkschaften des DGB, haben erfolgreich verhandelt.

Lohnzuwächse zwischen fünf und acht Prozent sind teilweise möglich.

Dank euch haben wir das geschafft. Und gemeinsam schaffen wir noch mehr und sind stark und können politisch und auch tarifpolitisch etwas bewegen.

Und nur mit Euch bekommen wir mehr vom Kuchen.

Liebe Kolleg\*innen

Die DGB Gewerkschaften verhandeln dieses Jahr für knapp 10 Millionen Beschäftigte Tarifverträge.

Aktuell sind unsere Kolleg\*innen im Sozial- und Erziehungsdienst dran.

Denn eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste muss endlich kommen! Gerade im Erziehungsdienst sehen wir einen riesigen Fachkräftemangel: bis 2025 fehlen in Baden-Württemberg 40.000 Erzieher\*innen – ohne dass dabei der Ganzttag in Schulen mitgerechnet ist. Nur durch eine Ausbildungskampagne und gleichzeitige Aufwertung dieses wertvollen Berufs können wir gegensteuern. Die Erzieher\*innen und die vielen anderen Beschäftigten in der Jugendhilfe gehören zu denjenigen, die den Laden am Laufen gehalten haben in den vergangenen Coronajahren, mit Klatschen und Dankesworten ist es nicht getan. Kita ist nicht Aufbewahrung für Kinder, Kitas sind Bildungseinrichtungen, für die es gute Arbeitsbedingungen braucht. Wir fordern die Absenkung der Gruppengrößen auf die Zahlen vor der Pandemie und das Ende der Absenkung des Personalschlüssels!

Bitte unterstützt die Kolleg\*innen des Sozial- und Erziehungsdienstes solidarisch bei den Warnstreiks in den nächsten Tagen.

In der Chemischen Industrie hat die IG BCE ein Zwischenergebnis bis in den Herbst erzielt. Ebenso ver.di bei den Unikliniken BW.

In der Metall- und Elektroindustrie bereitet sich die IG Metall auf die wichtige Tarifrunde im Herbst vor.

Wir alle wünschen euch viel Glück und starke Nerven dafür!

Vielen Dank an die Tausenden Kolleg\*innen, die sich in den Betriebs- und Personalräten ehrenamtlich engagieren.

Ihr macht einen tollen Job, füllt Mitbestimmung mit Leben und sorgt für Demokratie im Betrieb.

Der Beweis: Mitbestimmte Betriebe sind innovativer und wirtschaftlich erfolgreicher, vielen Dank für Euren Einsatz!

Und: Herzlichen Glückwunsch allen neu gewählten Betriebsrät\*innen! Die meisten habe es ja schon geschafft.

Liebe Kolleg\*innen

in Baden-Württemberg ist nur noch jede zweite Beschäftigte von einem Tarifvertrag geschützt.

Da ist es nicht mehr weit her, mit dem Musterland für gute Arbeit. Die Landesregierung sollte hier dringend Ihre Hausaufgaben machen:

Zu einem Musterland für gute Arbeit gehört ein wirksames Tariftreuegesetz, damit Billigheimer und Billighuber bei öffentlichen Aufträgen endlich verschwinden.

Nehmen Sie, Herr Kretschmann und Frau Hoffmeister-Kraut sich bitte ein Beispiel am Saarland, die haben es vorgemacht. Da kann Baden-Württemberg sich eine Scheibe von abschneiden!

Ein wirksames Tariftreuegesetz mit ernstzunehmenden Kontrollen muss kommen und das aber bitte schnell!

Zu einem Musterland für gute Arbeit gehören auch faire und tariflich bezahlte Löhne.

Liebe Kolleg\*innen,

Fakt ist aber auch:

Die beste Tarifpolitik alleine kann die höheren Preise für Energie und Lebensmittel nicht ausgleichen.

Hier ist die Bundespolitik gefordert!

Entlastung muss wirklich allen Bürger\*innen zugutekommen, auch den Rentner\*innen und Studierenden, die bis jetzt vergessen wurden.

Liebe Kolleg\*innen,

Eine wirkungsvolle Umverteilung ist in Krisenzeiten wichtiger denn je.

Ob Erbschaftssteuer oder Vermögenssteuer, an dieses heiße Eisen traut sich aber niemand von den Regierenden ran,

obwohl in der Pandemie die Millionär\*innen noch reicher wurden und anderen - auch im Kulturbereich - der Absturz in Hartz IV droht.

Wir werden nicht müde, unsere Ideen immer und immer wieder einzubringen. Wir werden hartnäckig bleiben, liebe Kolleg\*innen.

Genauso wie wir am Mindestlohn drangeblieben sind, von dem sechs Millionen Menschen profitieren werden!

Das ist unser Erfolg und darauf können wir gemeinsam stolz sein!

Liebe Kolleg\*innen;

schwierige Zeiten bieten Chancen und wir können gestärkt aus den Krisen kommen.

Aber nur wenn die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Beim Umbau der Wirtschaft - hin zu mehr Nachhaltigkeit.

Bei der Mobilitäts- und Energiewende

Im Gesundheitswesen

In der Bildungspolitik.

Dazu müssen die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen. Das Ziel ist es die Teilhabe aller sicherzustellen.

Wir brauchen öffentliche Investitionen um die Herausforderungen zu schaffen.

Aber ich sage auch, wenn die Schuldenbremse bei einem Rüstungspaket umgangen wird, muss das auch für eine bessere Zukunft, für Bildung, für die öffentliche Daseinsvorsorge und Klimaschutz möglich sein.

Die Schuldenbremse als Klotz am Bein müssen wir endlich loswerden!

Liebe Kolleg\*innen,

Viele Menschen können sich die Wohnungen in unseren baden-württembergischen Städten nicht mehr leisten.

Die Folge:

immer mehr Menschen pendeln weitere Strecken zur Arbeit und das meist im Auto.

Das ist nicht nur wegen der Benzinpreise ökonomisch, sondern vor allem auch ökologischer Wahnsinn.

Es ist natürlich auch eine zusätzliche Belastung für die Kolleg\*innen, jeden Morgen irgendwo im Stau zu stehen.

Unser Verkehrsminister Winfried Hermann ist wirklich bemüht die Mobilitätswende im Land voranzubringen.

Ja - Wir sehen das!

Auch hört sich die Mobilitätsgarantie, ÖPNV alle 15 Minuten in der Stadt und alle 30 Minuten auf dem Land super an.

Aber über die geplante Ausgestaltung der Finanzierung – Mobilitätspass – müssen wir noch reden!

Die Kosten dürfen nicht auf uns alle gleich abgewälzt werden und den Buhmann bekommen dann auch noch die Kommunen zugeschoben.

Der Mobilitätspass ist - wie er aktuell besprochen wird - nichts anderes als eine Gebühr.

Die uns alle, ob Reich oder Arm gleich belastet. Das darf nicht die endgültige Lösung sein!

Liebe Kolleg\*innen,

und wenn wir schon bei der Daseinsvorsorge sind, kommen wir zu Thema schulische Bildung, für das ich ja ganz besonders stehe.

In sechs Jahren grün-schwarz wurde viel angekündigt und wenig umgesetzt.

Jedes Jahr stehen die Schulen schlechter da. Wir als GEW setzen uns schon lange für mittel- und langfristige Lehrkraftbedarfsplanungen ein. Wir haben in den vergangenen Jahren zwei Studien beauftragt und die Ergebnisse selbstverständlich der Landesregierung zur Verfügung gestellt, um Lehrkräftebedarf zu berechnen. Wir haben auch seit 2018 immer wieder Vorschläge an das Kultusministerium und das Staatsministerium gerichtet, wie der kurzfristige Bedarf an Lehrkräften gedeckt werden könnte.

Leider war eine Umsetzung Fehlanzeige. Stattdessen kommt unser Ministerpräsident mit der grandiosen Idee um die Ecke, aus denjenigen, die Care-Arbeit oder ehrenamtliche Arbeit und Lehramt unter einen Hut bringen müssen und daher Teilzeit arbeiten, noch mehr rauspressen zu wollen. Nicht mit uns, Herr Ministerpräsident!

Alle, die irgendwie noch Kapazitäten haben, haben bereits ihre Deputate aufgestockt – um beim Programm Rückenwind die Schüler\*innen zu unterstützen, die durch Corona abgehängt wurden. Jetzt wurden die allerletzten Kräfte mobilisiert für die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine. Die Schulen sind nach zwei Jahren Pandemie mit ständiger Umorganisation ausgelaugt und am Ende ihrer Kräfte. Mehr geht da nicht!

Wir brauchen endlich genügend Studienplätze fürs Lehramt, diese Investition in die Zukunft wird sich lohnen!

Jetzt, in der Mangelsituation, brauchen wir keine alljährliche Entlassung vor den Sommerferien und Wiedereinstellung danach für diejenigen, die jetzt schon, zum Teil seit Jahren als nicht ausgebildete Lehrkräfte die Schulen vor dem Kollaps retten. Wir brauchen stattdessen schnellstmöglich Qualifizierungsmaßnahmen und Möglichkeiten für einen qualifizierten Quereinstieg. Krisen wie die Pandemie und jetzt die Aufnahme Geflüchteter wären besser zu bewältigen, wenn die Schulen zumindest zum Beginn eines Schuljahres alle Lehrkräfte hätten, die sie für den regulären Unterricht bräuchten. Mit Mangel verwalten lässt sich keine gute Bildung gestalten. Es ist Zeit für mehr Zeit für die Arbeit an den Schulen!

In guten Schulen kann Demokratiebildung und Medienkompetenz vermittelt werden. Dass dies notwendig ist, haben die letzten Jahre sehr deutlich gezeigt. Dafür müssen die Ressourcen bereitstehen!

Gute Bildung für alle in unserem Land ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, für ein selbstbestimmtes Leben, für beruflichen Erfolg, für Demokratie und Toleranz. Gute Bildung ist teuer. Schlechte Bildung ist so teuer, dass unser Land sie sich nicht leisten kann.

Liebe Kolleg\*innen,

eine gute Bildung brauchen wir auch für die Transformation.

Wer heute ins Berufsleben startet, wird wohl nicht in dem Beruf in Rente gehen.

Nur wer sich weiterbildet, qualifiziert und permanent am Ball bleibt, wird Schritt halten können.

Die Industrie muss sich grundlegend erneuern und der Industriestandort Baden-Württemberg wird sich verändern. Viele Fragen sind noch offen?

Aber wir wissen schon jetzt:

Es ist wichtig, dass wir Gewerkschaften zusammen mit unseren Betriebsräten bei der Transformation mit am Tisch sitzen.

Denn starke Mitbestimmung macht Betriebe erfolgreicher und krisenfester!

Liebe Kolleg\*innen,

der Wandel ist in vollem Gange.

Umso wichtiger ist es Einigkeit zu zeigen, denn Einigkeit ist unsere Stärke, sie ist die Stärke von uns Gewerkschaften.

Der 1. Mai 2022 steht wie kein anderer für die weltweite Gewerkschaftsbewegung. Ein Staat mit starken Gewerkschaften hätte nicht so einfach einen Angriffskrieg beginnen können. Wir hier in Heidelberg grüßen heute besonders unsere Kolleg\*innen in der Ukraine und in Russland. Wir sind uns sicher, es wird eine andere Zeit kommen, in der auch ihr wieder den 1. Mai in Frieden und Demokratie feiern könnt!

Wir stehen bereit, die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Solidarisch, gerecht und nachhaltig.

Vielen Dank!